

Sitzungsvorlage

Gremium:	Gemeinderat	Termin: 03. Juli 2023
Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich	Bearbeitung: Bauamt

TOP 3: Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

a) Gemeindeverwaltungsverband Osterburken 3. Fortschreibung des Flächennutzungsplans Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB Beratung und Beschlussfassung

Erläuterungen:

Eine Sichtung der bisherigen Unterlagen ergab in allen oben genannten Punkten, dass die Planungen auf die Gemeinde Höpfingen keinen direkten Einfluss haben.

Die Planunterlagen können über die in der Anlage genannten Links im entsprechenden Zeitraum heruntergeladen und eingesehen werden.

Finanzielle Auswirkungen:

-

Beschlussempfehlung für jeweils alle Unterpunkte:

Die Verwaltung schlägt vor, dass der Gemeinderat der vorgelegten Planung „...“ zustimmt und keine Anregungen vorbringt.

Anlagen:

ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNG Gemeindeverwaltungsverband Osterburken

ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNG

Gemeindeverwaltungsverband Osterburken

3. Fortschreibung des Flächennutzungsplans Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB

Die Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbandes hat in öffentlicher Sitzung am 25.04.2023 die Einleitung des Verfahrens sowie den Vorentwurf der 3. Fortschreibung des Flächennutzungsplans beschlossen, den Planentwürfen mit Datum vom 17.03.2023 zugestimmt und diese für die weiteren Verfahrensschritte gemäß § 3 und § 4 BauGB freigegeben.

Das Plangebiet umfasst das gesamte Verbandsgebiet mit einer Fläche von rund 144 km² und ca. 11.600 Einwohnern. Das Verbandsgebiet besteht aus der Stadt Osterburken mit den vier Stadtteilen, der Stadt Ravenstein mit den sechs Stadtteilen sowie der Gemeinde Rosenberg mit den vier Ortsteilen.

Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit

Der Vorentwurf des Flächennutzungsplans mit Planzeichnung und der Begründung wird

vom 22.05.2023 bis 30.06.2023 (jeweils einschließlich)

in den Rathäuser der der Stadt Osterburken, der Stadt Ravenstein und der Gemeinde Rosenberg (Hauptstr. 26, Hauptamt, Erdgeschoß) zu den üblichen Öffnungszeiten (Rosenberg: Mo-Fr: 8.30 - 12 Uhr und Do 14 - 18 Uhr) öffentlich ausgelegt. Während der Auslegung wird der Bürgerschaft Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung gegeben.

Die Planunterlagen sowie die Bekanntmachung werden gemäß § 4a Abs. 4 BauGB im Zeitraum der frühzeitigen Beteiligung zudem auf der Homepage der Stadt Osterburken (www.osterburken.de/rathaus-service/offenlagen.de), der Stadt Ravenstein (www.ravenstein.de/leben-wohnen/bauen-wohnen/bebauungs-flaechennutzungs-plaene) sowie der Gemeinde Rosenberg (<https://www.rosenberg-baden.de/rathaus-service/aktuelles/offenlagen>) eingestellt.

Ziel und Zweck der Planung

Die 1. Fortschreibung des Flächennutzungsplans 1996 des Gemeindeverwaltungsverbands „Osterburken“ wurde 24.03.2000 wirksam. Zwischenzeitlich wurden zahlreiche Änderungen des Flächennutzungsplans durchgeführt sowie die 2. Fortschreibung – Teilfortschreibung Windkraft mit weiteren punktuellen Änderungsverfahren abgeschlossen.

Der Flächennutzungsplan ist grundsätzlich auf eine Planungsdauer von 10-15 Jahren ausgelegt. Da die städtebauliche Entwicklung des Verwaltungsraums kontinuierlich weiterverfolgt werden soll und die neuen gesetzlichen Anforderungen an die Flächennutzungsplanung zum Thema Klimaschutz und regenerative Energien im Planwerk zu integrieren sind, ist eine flächendeckende Fortschreibung des Flächennutzungsplans auf aktualisierter Grundlage erforderlich. Eine erhöhte Anforderlichkeit der Planung ist zudem wegen der aktuell stark gestiegenen Zuwanderung durch Migranten gegeben. Die Gesamtfortschreibung soll den Planungszeitraum bis zum Jahr 2035 abdecken.

Inhaltlich sind insbesondere die übergeordneten Vorgaben der Landes- und Regionalplanung (Landesentwicklungsplan 2002 und Einheitlicher Regionalplan Rhein-Neckar) sowie die neuesten Kennzahlen des statistischen Landesamts (2021: Bevölkerungsvorausrechnung bis zum Jahr 2040) mit teilweise steigenden Wachstumsprognosen zu berücksichtigen. Die Fortschreibung soll den Planungszeitraum bis zum Jahr 2035 abdecken.

Gemäß § 2 Abs. 4 BauGB wird zu den Belangen des Umweltschutzes im weiteren Verfahren eine Umweltprüfung durchgeführt. Die Umweltprüfung wird in einem in die Begründung integrierten Umweltbericht dokumentiert.

Osterburken, den 12.05.2023

gez.

Jürgen Galm

Verbandsvorsitzender